

Todesfahrt im Tiergarten

Berlin: Bei Anschlag mit Lieferwagen 29 Menschen am Rande des CSD verletzt, ein Opfer stirbt vor Ort. Tatverdächtiger war Behörden bekannt

Von Marc Bebenroth

Politisch dürfte die Tat vor allem auf das Konto der AfD einzahlen. Am späten Sonnabend, gegen 22 Uhr, ist ein weißer Lieferwagen am Rande des »Christopher Street Day«-Großevents (CSD) in eine Menschenmenge auf einem Spazierweg im Berliner Tiergarten gerast. Eine Frau erlag noch an Ort und Stelle ihren schweren Verletzungen. 16 weitere Opfer überlebten den Angriff zunächst, von ihnen waren drei jedoch lebensbedrohlich verletzt worden. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) sprach gegenüber Journalisten am Sonntag von 29 Verletzten und Schwerstverletzten sowie von »islamistischem Terror«. Unter dem Motto »Haltung ist hot« hatten beim 48. CSD Hunderttausende für Menschenrechte und Vielfalt demonstriert. Dabei wurde unter anderem mehr Sicherheit für queere Menschen gefordert. Vor Beginn war der homosexuellen Opfer der Nazidiktatur gedacht worden.

Die Todesfahrt endete an einem Baum. Ersten Zeugen- und Medienberichten zufolge soll bzw. sollen nach dem Aufprall der bzw. die Täter weitere Menschen mit einem Messer angegriffen haben. Die Generalstaatsanwaltschaft und das Landeskriminalamt Berlin starteten eine öffentliche Fahndung nach einem Tatverdächtigen. Bei ihm soll es sich um den 2005 in Berlin geborenen Deutschen Abdul B. handeln. *Welt* und *Bild* berichteten, dass B.s Familie libanesishe Wurzeln habe. Die Springer-Presse war außerdem vor Ort, während Beamte die Wohnung von B. sowie die seiner Schwester durchsuchten. Den 21jährigen fanden sie nicht. Am Sonntag suchten Ermittler das Gelände rund um den Tatort im Südosten des Großen Tiergartens ab.

Nach Angaben der Polizei ist der Gesuchte polizeibekannt und wurde »der islamistischen Szene in Berlin« zugerechnet. *Welt* zufolge sei der Lieferwagen von B. gemietet worden. Das Recherchekollektiv von *Süddeutscher Zeitung*, *NDR* und *WDR* berichtete am Sonntag, dass der Tatverdächtige von den Behörden vor der Tat bereits als »islamistischer Gefährder« eingestuft worden sei, ihm also die Begehung von Straftaten zugetraut wurde. In der Vergangenheit soll B. versucht haben, nach Syrien auszureisen, um sich dem »Islamischen Staat« anzuschließen. Außerdem wussten die Springer-Blätter zu berichten, dass der Gesuchte erst im Mai 2026 aus dem Jugendarrest entlassen worden sein soll. Dazu soll ihm laut *Welt* die Weisung erteilt worden sein, mehr als 20 Gesprächstermine mit einer Beratungsstelle im Bereich »Deradikalisierung und Extremismusprävention« wahrzunehmen. Im Juni und Juli soll B. daran teilgenommen haben. Für diesen Montag sei der nächste Termin geplant gewesen.

»Der bisherige politische Kuschelkurs gegenüber gewaltbereiten Islamisten muss sofort ein Ende haben«, forderte die AfD-Spitzenkandidatin für die Berlin-Wahl, Kristin Brinker, am frühen Sonntag morgen auf X. Ins gleiche Horn blies der Bundesvorsitzende der reaktionären Berufsvereinigung Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) am Sonntag im Gespräch mit *Bild*. Es gelte nun, »alles« daranzusetzen, »den großen Aufschlag zu machen«, um die »Ursachen« solcher Anschläge zu bekämpfen, sagte Manuel Ostermann.

Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) kündigte noch für Sonntag nachmittag eine Sondersitzung des Senats an. Dabei sollte »mit den Sicherheitsbehörden das Gespräch« gesucht werden, auch um möglicherweise künftig »solche schrecklichen Taten besser verhindern« zu können. Wegner sprach von einem Angriff auf »die Art und Weise des Zusammenlebens«. Damit müsse Schluss sein. »Heute ist ein Tag der Trauer und nicht der schnellen Rufe nach Konsequenzen«, teilte dagegen der Linke-Vorsitzende Luigi Pantisano am Sonntag mit. Mit dem Schaffen »besserer sozialer Bedingungen« werde man »die Hassenden« nicht »zum Verschwinden bringen«. Aber man könne »das Umfeld austrocknen, auf dem sie wachsen«.

Der Anschlag auf den Berliner CSD erinnert nicht nur an den [Angriff auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg durch Taleb A.](#) vom 20. Dezember 2024 – gut neun Wochen vor der Bundestagswahl im Februar 2025. Der Angriff vom Sonnabend erfolgte rund sechs Wochen vor der richtungsweisenden Landtagswahl in Sachsen-Anhalt sowie gut acht Wochen vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus – und erinnert an den Fall Anis Amri, der 2016 mit einem Sattelzug 13 Menschen auf dem Berliner Weihnachtsmarkt getötet haben soll. Im Zuge einer EU-weiten Fahndung hatten ihn italienische Polizisten erschossen. Amri soll den sogenannten Sicherheitsbehörden [bestens vertraut](#) gewesen sein.

<https://www.jungewelt.de/artikel/526759.tatwaffe-pkw-todesfahrt-im-tiergarten.html>